Trump ordnet die Ausweisung von Vista-Studenten an, die für Palästina demonstrieren

Das Transkript gibt möglicherweise aufgrund der Tonqualität oder anderer Faktoren den ursprünglichen Inhalt nicht wortgenau wieder.

Glenn Greenwald (GG): Der unerbittliche Angriff auf die Redefreiheit amerikanischer Bürger, der im Namen des Schutzes Israels stattfindet, geht ungebrochen weiter. Und er geht nicht nur weiter, sondern ist heute massiv eskaliert. Kein Wunder, denn Trump hat während des Wahlkampfs versprochen, genau diesen Schritt zu tun. Heute gab er bekannt, dass er tatsächlich eine Anordnung zur Verfolgung von Personen erlassen wird, die an Protesten auf Universitätsgeländen gegen den Staat Israel und dessen Zerstörung des Gazastreifens teilgenommen haben. Hier ist der Bericht von Reuters vom 29. Januar 2025, in dem diese Anordnung beschrieben wird: *Trump-Regierung kündigt Studentenvisen für pro-palästinensische Demonstranten.* Man kann für Israel demonstrieren, man kann auf die Straße gehen und skandieren und fordern, dass Israel jeden einzelnen Palästinenser ermorden soll, man kann fordern, dass sie einen Krieg mit dem Iran beginnen sollen. Man kann sagen, der US-Kongress sollte Israel noch mehr Milliarden geben – wenn man ein internationaler Student ist und mit einem Visum hier ist, geht das völlig in Ordnung. Eine Abschiebung droht einem nicht, diese Anordnung hat mit solchen Leuten nichts zu tun, sie gilt nur für Menschen, die auf der anderen Seite dieser politischen Debatte stehen. Zitat: „US-Präsident Donald Trump wird am Mittwoch eine Anordnung zur Bekämpfung des Antisemitismus unterzeichnen und sich verpflichten, ausländische Studenten und andere, die an pro-palästinensischen Protesten teilgenommen haben, auszuweisen, sagte ein Beamter des Weißen Hauses."

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz innehalten und auf diesen weiteren Punkt eingehen. Die heute erlassene Anordnung zur Bekämpfung des Antisemitismus beruht im Wesentlichen auf eben dieser Prämisse. Die Vereinigten Staaten leiden unter einer Epidemie von Bigotterie und Rassismus. Die Biden-Regierung hat es versäumt, die Macht der Bundesregierung zu nutzen, um diese Bigotterie und diesen Rassismus zu bekämpfen. Infolgedessen hat Donald Trump

nun die Anordnung an alle Bundesbehörden erteilt, Berichte vorzulegen, aus denen hervorgeht, dass sie ihre gesamte staatliche Macht eingesetzt haben, um gegen Judenfeindlichkeit, Judenverachtung und Antisemitismus vorzugehen. Es wurden keine Ressourcen für Intoleranz, Feindseligkeit, Rassismus oder Diskriminierung gegenüber anderen Personengruppen in den Vereinigten Staaten ausgegeben – einschließlich weißer Menschen, Christen, all derjenigen, von denen ich dachte, die amerikanische Rechte würde sie diskriminieren. Es gibt nur Vorurteile gegenüber einer einzigen Gruppe, nämlich den amerikanischen Juden, und ich denke, es ist sehr schwer zu argumentieren, dass sie in irgendeiner Weise ausgegrenzt werden.

Weiter heißt es in dem Reuters-Artikel: „Ein Faktenblatt zu den Verfügungen verspricht, Zitat: 'sofortiges Handeln' des Justizministeriums zur Verfolgung von, Zitat: 'terroristischen Bedrohungen, Brandstiftung, Vandalismus und Gewalt gegen amerikanische Juden' und die Mobilisierung aller Bundesressourcen zur Bekämpfung dessen, was es als, Zitat: 'die Explosion des Antisemitismus auf unseren Campus und Straßen' bezeichnet, seit dem Angriff der palästinensischen islamistischen Gruppe Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023." Mir ist bekannt, wie sehr versucht wird, das Narrativ zu verbreiten, dass amerikanische Juden in den Vereinigten Staaten besonders gefährdet, ausgegrenzt und schutzlos seien. Es gab Versuche, in den Vereinigten Staaten Arbeitsplätze ausschließlich für Juden zu schaffen, unter anderem durch das Verteidigungs- und Geheimdienstunternehmen Palantir, das im vergangenen Jahr ankündigte, 180 neue Arbeitsplätze ausschließlich für amerikanische Juden zu schaffen, die behaupten, an amerikanischen Universitäten Opfer von Antisemitismus geworden zu sein. Selbst wenn man für diesen Job extrem qualifiziert ist, hat man keine Chance, wenn man kein Jude ist. Und Leute wie Ben Shapiro und Barry Weiss haben ihre Unterstützung und Freude darüber zum Ausdruck gebracht und diese Dinge bejubelt. Im Fall von Ben Shapiro war er jedoch gezwungen, seine Aussage gewissermaßen zurückzunehmen, als die Leute sich fragten: „Moment mal, ist das nicht genau das, wogegen Sie eigentlich vorgeben zu sein? Ist das nicht wie DEI [Diversity, Equity, and Inclusion; zu deutsch: Vielfalt, Gleichberechtigung und Inklusion]? Plötzlich sind Sie dafür, weil Ihre Gruppe davon profitiert? Genau das hat der pro-israelische Sektor der amerikanischen Rechten getan – im Grunde genommen haben sie jedes vorgebliche Prinzip auf dem Altar des Dienstes und Schutzes Israels geopfert.

Dies ist ein weiteres Beispiel dafür. Hier aus The Forward, der jüdischen Zeitung, heute: *Trumps Anordnung gegen Antisemitismus zielt auf „linke, anti-amerikanische" Universitäten* ab. „Präsident Donald Trump plant, am Mittwoch eine weitreichende Anordnung zu unterzeichnen, die sich mit der ‚Explosion des Antisemitismus auf unserem Campus und unseren Straßen' befassen soll, wobei der Schwerpunkt auf den von der Regierung als ‚Pro-Hamas-Ausländer und Linksradikale' bezeichneten Personen liegen soll, wie aus einem Faktenblatt des Weißen Hauses hervorgeht, welches The Forward vorliegt. Zitat: 'Das Justizministerium wird unverzüglich Maßnahmen ergreifen, um Recht und Ordnung zu schützen, Vandalismus und Einschüchterung durch Pro-Hamas-Anhänger zu unterbinden und antijüdischen Rassismus und linksgerichtete anti-amerikanische Colleges und Universitäten zu untersuchen und zu bestrafen', heißt es in dem Dokument. Es fügte hinzu, dass die Anordnung 'die Ausweisung von Ausländern, die gegen unsere Gesetze verstoßen,

verlangt'." Also gut, wie wäre es denn mit folgendem Vorschlag? Wie wäre es, wenn wir Gesetze hätten, die Menschen bestimmte Handlungen verbieten und die strafrechtliche Verfolgung oder Bestrafung von Menschen fordern, die gegen diese Gesetze verstoßen, und wenn diese Gesetze für alle gleichermaßen gelten, auch für Menschen hier in den Vereinigten Staaten mit Studenten- und Arbeitsvisa? Es gibt keine gezielte Verfolgung von Menschen, von denen die Regierung annimmt, dass sie, Zitat, „linksgerichtet" sind. Es gibt keine gezielte Verfolgung von Menschen, von denen die Regierung annimmt, dass sie gegen Israel eingestellt sind, im Gegensatz zu fanatischen Befürwortern Israels. Genau das soll der erste Zusatzartikel verbieten, nämlich dass die Regierung Menschen nicht aufgrund ihrer Handlungen, sondern aufgrund ihrer Ansichten ins Visier nimmt.

Wer behaupten möchte, dass einige dieser Demonstranten kriminelles Verhalten an den Tag gelegt haben oder was auch immer, dem sei gesagt, dass wir uns Studien angesehen haben, die zeigen, dass nicht nur die Mehrheit, sondern die überwältigende Mehrheit friedlich protestiert hat, wie es die Verfassung jedem Menschen garantiert. Aber wenn Sie behaupten wollen, dass einige dieser Menschen Verbrechen begangen haben, können Sie in den Vereinigten Staaten bereits Menschen mit Arbeits- oder Studentenvisa ausweisen, die Verbrechen begehen. Man braucht keine Anweisung der Exekutive, in der ausdrücklich angekündigt wird, dass man gegen Menschen vorgehen wird, die gegen Israel sind oder die, in Anführungszeichen, „linksgerichtet", sind. Genau das ist es, was Konservative vorgeben, ablehnen zu wollen. Stellen Sie sich vor, Joe Biden hätte eine exekutive Anordnung erlassen, in der es heißt, dass wir fortan unsere Abschiebebefugnisse nutzen werden, um gegen jeden vorzugehen, der rechtsextremistisch, anti-palästinensisch und pro-israelisch ist. Jeder, der an einer Demo teilnimmt, die aus dem Ruder läuft, jeder, der in irgendeiner Weise anti-muslimische Gefühle ausdrückt, indem er sich auf die Seite Israels und gegen Gaza stellt, angesichts der Tatsache, dass der Rechtsextremismus unsere Institutionen durchdrungen hat, sollte abgeschoben werden? Jeder einzelne Konservative, den ich kenne, würde wie am Spieß schreien. Das ist Tyrannei. Das ist Zensur. Das ist ein Angriff auf unsere verfassungsmäßigen Freiheiten. Und sie hätten Recht. Ich würde genauso schreien. Aber man muss nur die politische Richtung und die Ideologie umkehren und sich fragen, welches fremde Land man unterstützt und welches man kritisiert. Und schon ändert sich für viele dieser Konservativen, die sich in Bezug auf die Redefreiheit als Betrüger entpuppen, alles. Und den ganzen Tag lang haben sie das geplant und sich darüber gefreut.

In diesem Artikel berichtet Ben Samuels, Reporter der israelischen Tageszeitung Haaretz, über die Anordnung des Präsidenten zum Vorgehen gegen Antisemitismus. Und hier sehen Sie den Text. Wie gesagt, das ist keine Überraschung – mit Persönlichkeiten wie Miriam Adelson, der israelbesessenen, israelisch-amerikanischen Milliardärin, die 100 Millionen Dollar für Trumps Wahlkampf gespendet hat. Das gilt nicht nur für sie, sondern auch für andere, wie Bill Ackman, der israelbesessene Milliardär, der ebenfalls viel Geld für Donald Trumps Wahlkampf bereitgestellt hat. Sie taten dies speziell, um zu versuchen, Menschen, die in den Vereinigten Staaten gegen Israel sind, rechtlich zu verfolgen und zu kriminalisieren oder anderweitig zu bestrafen. Lassen Sie mich also ganz klar sagen, dass Sie, wenn Sie sich legal in den Vereinigten Staaten aufhalten, wie ich Ihnen gleich zeigen werde, nicht nur als

Staatsbürger, sondern auch als Visumsinhaber, das verfassungsmäßige Recht haben, Ihre Meinung frei zu äußern. Sie können beispielsweise sagen: „Ich möchte, dass Israel in den Gazastreifen einmarschiert und alle dort verbliebenen Palästinenser abschlachtet, weil sie es so verdienen.“ Sie können sagen: „Ich möchte, dass Israel oder die Vereinigten Staaten im Namen Israels in den Iran einmarschieren und das Land in die Steinzeit zurückbomben. Wenn nötig, müssen dabei halt Millionen Iraner getötet werden, egal wie unschuldig sie sind oder ob es sich um Zivilisten handelt.“ Das dürfen Sie sagen. Genauso ist es Ihnen erlaubt zu sagen: Ich halte die Zerstörung des Gazastreifens durch Israel für Völkermord. Ich denke, dass die Israelis die Rechte der Palästinenser seit Jahrzehnten verfolgen und unterdrücken und den Palästinensern das Recht auf gewaltsamen Widerstand geben, das wir hätten, wenn jemand in unser Land käme und uns blockieren oder besetzen würde. Es gibt sogar Filme über dieses Thema! Zum Beispiel den Film *Die Rote Flut* aus dem Jahr 1984, in dem es darum geht, wie die Russen in die Vereinigten Staaten einmarschierten und die heldenhaften amerikanischen Zivilisten zu den Waffen griffen. Sie trugen keine Uniformen. Sie wandten oft Terrorismus gegen die russischen Invasoren an. Sie sprengten sie in die Luft. Sie schossen auf sie. Sie lauerten ihnen auf und sie waren heldenhaft, weil das Recht auf gewaltsamen Widerstand von jeder Bevölkerung anerkannt wird, um sich gegen Invasionen, Besatzungen oder Blockaden zu verteidigen. Wenn Sie also argumentieren wollen, dass Sie in den Vereinigten Staaten jedes Recht dazu haben, können Sie von der US-Regierung nicht dafür bestraft werden, dass Sie eine dieser Ansichten vertreten. Und doch ist es genau das, was diese Anordnung bewirken soll.

Und wenn Sie das bezweifeln, dann schauen Sie sich diese terroristische Gruppe an, eine rechtsextreme israelische Gruppe, die dafür bekannt ist, mit echtem Terrorismus in Verbindung zu stehen und diesen im Namen extremistischer Ansichten über den Zionismus zu unterstützen. Selbst in Israel wird diese Fraktion als gefährlich angesehen. Sie nennen sich Betar US. Und sie sind im Grunde eine Gruppe leidenschaftlicher Zionisten. So definieren sie sich selbst. Sie haben Dossiers über Menschen in den Vereinigten Staaten gesammelt, die ihrer Meinung nach übermäßig kritisch gegenüber Israel sind, und übergeben diese Dossiers, diese Listen von Personen, nun der Regierung der Vereinigten Staaten und der Einwanderungs- und Zollbehörde (ICE), damit diese sie abschiebt, nicht weil sie irgendwelche Verbrechen begangen haben, sondern weil sie an Demonstrationen gegen die israelische Zerstörung des Gazastreifens teilgenommen haben. Hier prahlen sie damit: „Kommt zur Dschihad-Kundgebung, wo wir ICE bei den Abschiebemaßnahmen unterstützen. Wir werden alle Teilnehmer dokumentieren und selbst diejenigen mit Palästinensertüchern und Masken werden dank @terrorwatch613 identifiziert. Betar wird die Namen der Teilnehmer an @realDonaldTrump weiterleiten! Raus jetzt.“ Wir nähern uns schnell einer Situation, in der die Bedingung, in den Vereinigten Staaten bleiben zu dürfen, darin besteht, Liebe und Unterstützung für Israel zu bekunden oder aber zumindest zu schweigen. Unsere akademischen Einrichtungen werden vom Recht auf Kritik an Israel gereinigt. Wir haben uns in Harvard mit diesen neuen Antisemitismus-Definitionen befasst.

Heute wurde festgestellt, dass ein Doktorand gegen die Regeln der Columbia verstoßen hat, weil er im Rahmen eines Kurses Links zu Dokumenten und Literatur über Astronomie in

Gaza geteilt hat, und das ist jetzt nicht mehr erlaubt. Hier geht es um Doktoranden, nicht nur Studenten, und unsere Institutionen werden vom Recht auf Kritik am Staat Israel gereinigt. Übrigens darf man die Vereinigten Staaten kritisieren, so viel man will, nur Israel nicht.

Für alle, die jetzt denken, dass sie dies verteidigen können, indem sie sagen: „Oh, Menschen, die in unser Land kommen, haben kein Recht, hier zu bleiben, wenn sie gegen das Gesetz verstoßen“, sei gesagt, dass dies bereits wahr ist. Das ist schon seit langem im Einwanderungsgesetz verankert: Wenn Sie sich mit einem Studenten- oder Arbeitsvisum in den Vereinigten Staaten aufhalten, nicht illegal, sondern legal, und gegen das Gesetz verstoßen, können Sie abgeschoben werden. Welche Relevanz hat das für Ihre Meinung zu Israel und ob Sie für oder gegen Israel sind? Hier aus dem Immigration Nationality Act: Es handelt sich um *8 US-Code 1227 – Ausweisungsfähige Ausländer.* „(A) KLASSEN DEPORTIERBARER AUSLÄNDER.“ Dies ist ein Gesetz aus dem Jahr 2005. “Jeder Ausländer, einschließlich eines ausländischen Besatzungsmitglieds in den Vereinigten Staaten, das in die Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, wird auf Anweisung des Generalstaatsanwalts abgeschoben, wenn der Ausländer einer oder mehreren der folgenden Klassen deportierbarer Ausländer angehört. (2) Straftaten. (4) Sicherheits- und damit zusammenhängende Gründe: (C) Außenpolitik: (i) Im Allgemeinen: Ein Ausländer, dessen Anwesenheit oder Aktivitäten in den Vereinigten Staaten nach Ansicht des Außenministers möglicherweise schwerwiegende nachteilige außenpolitische Folgen für die Vereinigten Staaten haben könnten, ist ausweisbar.“ Und dann sieht *1228* die beschleunigte Abschiebung von Personen vor, die schwere Straftaten begehen. Wenn Sie glauben, dass Menschen in den Vereinigten Staaten, die sich legal hier aufhalten, Straftaten begehen, dann klagen Sie sie wegen Straftaten an. Wenn Sie sie verurteilen, können Sie sie bereits abschieben. Sie brauchen keine spezielle Exekutivanordnung, die sich gegen Menschen richtet, die gegen den Staat Israel protestiert haben. Das ist in den Vereinigten Staaten noch kein Verbrechen. Das ist durch die Verfassung geschützt.

Als letzten Punkt möchte ich noch etwas ansprechen, das ein großes Missverständnis unter gebildeten, belesenen und durchaus intelligenten Menschen ist. Dieses Missverständnis ist jedoch so massiv. Ich sehe es ständig als Reaktion auf diese Anordnung. Die Leute behaupten, dass die Verfassung der Vereinigten Staaten nur amerikanischen Bürgern Rechte einräumt. Wenn man also in den USA ist und Ausländer ist und mit einem Arbeitsvisum zum Arbeiten oder einem Studentenvisum zum Studieren hier ist, gilt die Verfassung nicht für einen. Die Regierung kann mit einem machen, was sie will. Das ist völlig und unbestreitbar falsch. Zunächst einmal ist die Bill of Rights nicht wirklich ein Dokument, das Einzelpersonen Rechte verleiht. Es ist ein Dokument, das die Handlungsfreiheit der Regierung auf amerikanischem Boden einschränkt. Es hat in den Vereinigten Staaten schon immer Menschen gegeben, die keine amerikanischen Staatsbürger sind, sich aber legal in den Vereinigten Staaten aufhalten. Natürlich kann man diese Menschen nicht einfach ohne Gerichtsverfahren für immer ins Gefängnis werfen, sie haben ein Recht auf ein ordnungsgemäßes Verfahren, und daran besteht nicht einmal ein Zweifel. Hier ist ein Urteil des Obersten Gerichtshofs, ich glaube ... Schauen wir uns das Datum an. 1886, glaube ich. Das könnte zutreffen. Es heißt *Yick Wo v. Hopkins* – ein chinesischer Staatsbürger, kein

US-Bürger, wurde in Kalifornien wegen eines Verbrechens verurteilt. Er legte Berufung ein und argumentierte, dass seine verfassungsmäßigen Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verletzt worden seien. Der Oberste Gerichtshof nahm die Berufung an, hob die Verfassung auf und erklärte, dass seine verfassungsmäßigen Rechte auf ein ordnungsgemäßes Verfahren verletzt worden seien, obwohl er kein US-Bürger ist. Das Gericht entschied im 19. Jahrhundert wie folgt: „Die Rechte der Petenten, die durch die Verfahren, über die sie sich beschwerten, beeinträchtigt wurden, sind nicht geringer, nur weil sie Ausländer und Untertanen des Kaisers von China sind. Der 14. Zusatzartikel zur Verfassung beschränkt sich nicht auf den Schutz von Bürgern. Es heißt dort: 'Kein Staat darf einer Person das Leben, die Freiheit oder das Eigentum ohne ein ordnungsgemäßes Gerichtsverfahren entziehen oder einer Person innerhalb seiner Gerichtsbarkeit den gleichen Schutz durch das Gesetz verweigern.' Diese Bestimmungen gelten universell für alle Personen innerhalb der territorialen Gerichtsbarkeit, unabhängig von Rasse, Hautfarbe oder Nationalität, und der gleiche Schutz durch die Gesetze ist ein Versprechen des Schutzes gleicher Gesetze. Die Fragen, die wir in diesen Fällen zu entscheiden und zu berücksichtigen haben, sind daher so zu behandeln, dass die Rechte jedes Bürgers der Vereinigten Staaten gleichermaßen wie die von Fremden und Ausländern, die sich jetzt auf die Zuständigkeit des Gerichts berufen, miteinbezogen werden." Die Verfassung schränkt die Handlungsmöglichkeiten der US-Regierung in Bezug auf jedes Gebiet ein, in dem die sie souverän ist. Wenn man sich illegal in den Vereinigten Staaten aufhält, ist das eine andere Frage. Eine Sammelabschiebung ist nach der Verfassung zulässig. Wenn man sich jedoch legal in den Vereinigten Staaten aufhält und kein US-Bürger ist, sondern mit einem Arbeits- oder Studentenvisum hier ist, hat man laut Verfassung uneingeschränkte Rechte. Das ist keine linksradikale moderne Theorie. Dies ist etwas, das seit jeher die Grundlage für die Arbeitsweise der US-Regierung bildet.

Im Jahr 2008, als der Krieg gegen den Terror am Höhepunkt war, wurden Guantanamo-Häftlinge – und wir werden auf eine weitere Anordnung von Präsident Trump eingehen, die er zwar noch nicht erlassen, aber versprochen hat, nämlich 30.000 Betten in Guantanamo bereitzustellen, um dort, wie er es nannte, die schlimmsten der illegalen Einwanderer unterzubringen, ähnlich wie Cheney zu sagen pflegte: das Allerschlimmste für Terroristen. Im Grunde sagte er, dass Menschen, die einmal dort sind, es schwer haben, jemals wieder herauszukommen. Darüber werden wir morgen sprechen, sobald die entsprechende Anordnung erlassen wurde. 2008 ging es darum, dass es in Guantanamo Häftlinge gab, die nie eines Verbrechens angeklagt, geschweige denn verurteilt worden waren, und dennoch auf unbestimmte Zeit dort festgehalten wurden. Ein Guantanamo-Häftling verklagte die Vereinigten Staaten, George Bush und Dick Cheney sowie die US-Regierung und sagte: Gemäß der Verfassung haben wir das Recht auf *Habeas Corpus*, d. h. wir haben das Recht, wenn wir im Gefängnis sind, eine Petition an das Gericht zu richten und vor Gericht zu argumentieren, dass wir zu Unrecht festgehalten und zu Unrecht inhaftiert wurden. Das Gericht entschied mit einer 5:4-Mehrheit, dass Häftlinge in Guantanamo das Recht auf *Habeas Corpus* haben, obwohl sie keine amerikanischen Staatsbürger sind. Alle neun Richter, einschließlich der vier konservativen Richter, die eine abweichende Meinung vertraten, wie Antonin Scalia und Clarence Thomas, waren sich in dem Fall, auf den ich mich gerade bezogen habe, einig, dass Menschen, die sich rechtmäßig

in der Gerichtsbarkeit der USA befinden, weil sie hierher gebracht wurden, weil sie hereingelassen wurden, das Recht haben, dass die Verfassung in Bezug auf ihre Behandlung durch die US-Regierung respektiert wird. Das gilt nicht nur für Staatsbürger. In diesem Fall von 2008, *Boumediene v. Bush*, über den ich damals ausführlich berichtet habe, hat das niemand bestritten. Der einzige Streitpunkt war, ob Guantanamo als Hoheitsgebiet der USA betrachtet werden sollte. Die US-Regierung argumentierte: Wir haben keine Hoheit über Guantanamo. Es ist eine kubanische Insel. Daher gilt die Verfassung nicht. Die Mehrheit sagte nein, Guantanamo sei ein Hoheitsgebiet der USA und daher hätten die Menschen, die sie als Gefangene dorthin bringen, das Recht gemäß der Verfassung, während die abweichenden Richter sagten, nein, es sei kein Hoheitsgebiet. Das war der einzige Streitpunkt. Alle waren sich einig, dass Guantanamo-Häftlinge, wenn sie sich in den Vereinigten Staaten, auf US-amerikanischem Boden befänden, gemäß der Verfassung das Recht auf *Habeas Corpus* hätten.

In seiner abweichenden Meinung unterstrich Antonin Scalia, der in den Augen eines konservativen Bürgers nicht gerade ein linker Justizaktivist ist, diesen Punkt, indem er zustimmend ein Urteil von Richter Jackson zitierte. Scalia schrieb Folgendes, Zitat: „Richter Jackson ging auf die historische Tragweite des *Habeas-Corpus*-Erlasses ein: Dem Ausländer, dem die Vereinigten Staaten traditionell Gastfreundschaft entgegenbringen, wurden großzügige und mit zunehmender Identifikation mit unserer Gesellschaft immer mehr Rechte zugestanden. Bei der Ausweitung des verfassungsmäßigen Schutzes über die Bürgerschaft hinaus hat das Gericht jedoch darauf hingewiesen, dass es die Anwesenheit des Ausländers innerhalb seines territorialen Zuständigkeitsbereichs war, die der Justiz die Befugnis zum Handeln gab.“ Dies ist nicht einmal umstritten. Wenn sich also jemand hier in den Vereinigten Staaten aufhält, obwohl er ein ausländischer Staatsbürger ist, mit einem Arbeits- oder Studentenvisum, fällt er unter den verfassungsmäßigen Schutz, was bedeutet, dass er nicht abgeschoben, bestraft oder ausgegrenzt werden darf, nur weil er politische Ansichten hat, die der Trump-Regierung und ihren sehr wohlhabenden pro-israelischen Spendern missfallen, und genau das ist es, was diese Anordnung der Exekutive bewirken soll.

Vielen Dank, dass Sie sich diesen Clip von System Update angesehen haben, unserer Live-Show, die jeden Montag bis Freitag um 19 Uhr Eastern Time exklusiv auf Rumble ausgestrahlt wird. Sie können die vollständigen abendlichen Shows live verfolgen oder den Bestand an Episoden kostenlos auf unserer Rumble-Seite ansehen. Sie können auch die vollständigen Episoden am Morgen nach der Ausstrahlung auf allen wichtigen Podcasting-Plattformen, einschließlich Spotify und Apple, finden. Alle Informationen, die Sie benötigen, sind unten verlinkt.

ENDE

Vielen Dank, dass Sie diese Abschrift gelesen haben. Bitte vergessen Sie nicht zu spenden, um unseren unabhängigen und gemeinnützigen Journalismus zu unterstützen:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Klicken Sie hier

Der Verein acTVism Munich e.V. ist ein gemeinnütziger, rechtsfähiger Verein. Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige und mildtätige Zwecke. Spenden aus Deutschland sind steuerlich absetzbar.
Falls Sie eine Spendenbescheinigung benötigen, senden Sie uns bitte eine E-Mail an: info@acTVism.org

Thank you for reading this transcript. Please don't forget to donate to support our independent and non-profit journalism:

BANKKONTO:	PAYPAL:	PATREON:	BETTERPLACE:
Kontoinhaber: acTVism München e.V. Bank: GLS Bank IBAN: DE89430609678224073600 BIC: GENODEM1GLS	E-Mail: PayPal@acTVism.org	https://www.patreon.com/acTVism	Link: Click here